

Dienstag, 22. März 2022, Frankfurter Neue Presse / Lokales

Stadtpolitik gegen Moratorium zu A 66-Ausbau

"Bündnis Verkehrswende" fordert Alternativen und organisiert Veranstaltungsreihe

Frankfurt - Das "Bündnis Verkehrswende Frankfurt" fordert ein Moratorium für den Autobahnausbau in der Stadt. "Die Stadtpolitik sollte offen sagen, dass sie den Autobahnausbau nicht will", sagte Willi Loose vom "Aktionsbündnis unmenschliche Autobahn". Es dauere ohnehin noch zehn Jahre, bis die A 66 mit Tunnel im Stadtteil Riederwald ausgebaut sei. Bis dahin könne die Stadt mit dem Ausbau von Bus und Bahn sowie Radwegen Alternativen schaffen.

Mathias Biemann vom Verkehrsclub Deutschland (VCD) in Rhein-Main wies auf die negativen Folgen des Autobahnausbaus hin. Durch die ausgebaute A 66 mit Riederwaldtunnel entstehe mehr Verkehr auf zahlreichen Straßen, die nach Westen in die Innenstadt führen. "Über das Thema Autobahnausbau ist noch nicht genug aufgeklärt worden", sagte er. Die staatlichen Institutionen würden nur die Verkehrsabnahme etwa auf der Straße am Erlenbruch hervorheben, ohne ebenso deutlich auf die Verkehrszunahme auf zahlreichen Straßen in die Innenstadt einzugehen.

Rüdiger Hansen vom Umweltverband BUND Frankfurt legte dar, ein Rechtsgutachten habe den Bundesverkehrswegeplan als verfassungswidrig eingestuft, weil er dem Schutz der Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen widerspreche. "Solange die Bäume im Fechenheimer Wald noch nicht gefällt sind, lohnt es sich zu kämpfen", sagte Loose.

Das Moratorium werden die A 66-Gegner aber wohl nicht bekommen: Aktuell beraten die Stadtverordneten diese Forderung auf Antrag der Gartenpartei, die fordert, die Bauarbeiten sofort einzustellen. Für das Vorhaben ist nicht die Stadt zuständig, sondern der Bund. Die Forderung nach dem Moratorium wollen die Fraktionen mit sehr großer Mehrheit ablehnen, wie die Abstimmung am Montag im Mobilitätsausschuss ergab. Nur Ökolinx will dafür stimmen, die Linke den Antrag zumindest prüfen lassen.

Mit der Veranstaltungsreihe "Argumente gegen Autobahnbau" will das "Bündnis Verkehrswende" die negativen Folgen des Autobahnausbaus darle-

gen. Am Montag, 4. April, 19 Uhr, sprechen Julia Krohmer von "Scientists for Future" und Albrecht Müller, der Umwelt- und Planungsethik in Tübingen lehrt, über "Ökologische Qualität der Naturräume" und "Planungsethik und Generationengerechtigkeit" im Gewerkschaftshaus in der Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77.

Jutta Deffner vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) Frankfurt und Willi Loose (AUA) stellen am Donnerstag, 5. Mai, 19 Uhr, im Saalbau Südbahnhof "Alternative Verkehrskonzepte für den Frankfurter Osten" vor und diskutieren die "Pendlerproblematik in Frankfurt". Martin Lanzendorf, Mobilitätsforscher an der Goethe-Uni, und Wulf Hahn von der Fachagentur für Stadt- und Verkehrsplanung in Marburg, sprechen über "Induzierten Verkehr durch Straßenbau in und um Frankfurt" und die "Folgen des Straßenbaus für das Klima".

Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist frei, Anmeldung auf buendnis-verkehrswende.de/autobahnausbau erbeten. fle/dpg